



Bericht der Sachkommission Bevölkerungsdienste, Wirtschaft und Kultur zur Vorlage 1230/21 Initiative Robinsonspielplatz

Die Sachkommission BWK hat die Vorlage 1230/21 zur Initiative Robinsonspielplatz genau studiert und hat dem Gemeinderat und der Verwaltung Fragen gestellt. Wir danken für die genauen Abklärungen und für die Antworten auf unsere Fragen.

Die Vorlage 1230/21 beruht bekanntlich auf der 2016 eingereichten Initiative Robinsonspielplatz. Im März 2017 beschloss der Einwohnerrat das Volksbegehren zu unterstützen und beauftragte den Gemeinderat ein Detailkonzept auszuarbeiten. Ein erster Entwurf wurde der BWK 2019 zur Information vorgestellt. Leider hat sich die finanzielle Situation in Reinach in den letzten fünf Jahren deutlich verschlechtert und ein Detailkonzept zu erstellen macht im Moment wenig Sinn. Die BWK stimmt dem Gemeinderat zu, dass eine Umsetzung der Initiative Robinsonspielplatz zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Die BWK schlägt deshalb eine Sistierung um mindestens 5 Jahre vor.

Wie in der Vorlage erwähnt, wäre ein Robinsonspielplatz eine gute Ergänzung zum Reinacher Angebot für die 8- bis 12-Jährigen. Vor allem für Kinder, die sonst wenig Raum für autonomes Handeln haben, ist ein Robinsonspielplatz eine Möglichkeit, Selbstwirksamkeit zu erfahren, zu lernen ein eigenes Projekt zu erarbeiten und umzusetzen und wichtige handwerkliche Fähigkeiten zu erlernen.

Die Vorlage sieht einen von der Gemeinde betriebenen Robinsonspielplatz vor. Die BWK hatte Einblick in die von der Gemeinde abgeklärten Alternativen und sieht den Vorteil einer professionellen Leitung. Diese stellt die Qualität der Betreuung sicher und schöpft die Vorteile, die ein Robinsonspielplatz gegenüber konventionellen Spielplätzen aufweist, besser aus. Eine Anbindung ans Jugendhaus oder ans Jugendcaffi Paradiso ist aufgrund der bereits limitierten Ressourcen leider nicht möglich. Falls das Angebot nach einer allfälligen Sistierung erneut geprüft werden sollte, würde die BWK eine Mischform zwischen professioneller und freiwilliger Betreuung vorschlagen. Dadurch könnten Kinder von der professionellen Führung profitieren, gewisse Arbeiten könnten aber auch von Freiwilligen übernommen werden. Eventuell wäre auch ein Verein mit Leistungsvertrag eine Möglichkeit, falls ein solcher gegründet würde.

Das Land im Einschlag, welches als Areal für den Robinsonspielplatz vorgesehen ist, wird von der Gemeinde über einen Pachtvertrag mit Laufzeit bis 2047 von der Bürgergemeinde gemietet und kostet die Gemeinde 13'700.- pro Jahr. Der Pachtvertrag kann von der Bürgergemeinde frühestens 2032 gekündigt werden. Die Einwohnergemeinde kann den Vertrag nicht zu einem früheren Zeitpunkt kündigen, ausser die Bürgergemeinde ist nicht mit der von der Einwohnergemeinde geplanten Nutzung einverstanden. Die BWK würde also vorschlagen, dass die Gemeinde im Falle einer Sistierung oder auch im Falle einer Ablehnung der Vorlage in Absprache mit der Bürgergemeinde eine Zwischennutzung für dieses Gelände definiert.

Zusammenfassend ist die BWK der Meinung, dass ein Robinsonspielplatz eine gute Ergänzung zum Angebot für Kinder und Jugendliche in Reinach wäre, eine Umsetzung zum jetzigen Zeitpunkt aber weder sinnvoll noch möglich ist. Eine Volksabstimmung als Konsequenz einer Ablehnung der Vorlage kostet Geld und Ressourcen. Ein Rückzug der Initiative durch die Initianten wäre nach Ablehnung durch den Einwohnerrat rechtlich zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich.

Die BWK empfiehlt dem Einwohnerrat deshalb, das Vorhaben «Robi» nicht abzulehnen, sondern zu sistieren. Wenn sich die Ausgangslage ändert, kann die Situation neu beurteilt werden und eine allfällige Umsetzung oder definitive Ablehnung ins Auge gefasst werden. Die BWK stellt deshalb folgende Anträge:

1. Der Einwohnerrat beschliesst, die Umsetzung des Initiativbegehrens nicht vor dem Jahre 2027 vorzunehmen.
2. Zu diesem Zeitpunkt ist ihm in einer weiteren Vorlage über die finanzielle Situation und die Situation im „Einschlag“ zu berichten.

Reinach, 22. Oktober 2021

Für die Sachkommission BWK



Soraya Streib Ladner SP, Präsidentin

Marie-Therese Müller BDP, Vizepräsidentin

Carmen Burger SVP

Nathalie Dessemontet SP

Farideh Eghbali Grüne

Christine Hermann CVP

Ines Zuccolin FDP